

Christoph Kopke

Rechtsextremismus und Demokratie in Brandenburg – Ein Vorwort

„Brandenburg hat ein Rechtsextremismusproblem.“ Mit diesen Worten begann unsere Einleitung für den 2007 erschienenen Sammelband ‚Rechtsextremismus in Brandenburg‘. Mit den Beiträgen in diesem umfangreichen Handbuch wollte das Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien (MMZ) eine Bestandsaufnahme versuchen und gleichzeitig die vielfältigen Möglichkeiten der Intervention und Prävention gegen Rechtsextremismus vorstellen. Einige kleinere Publikationen und Veranstaltungen zum Thema folgten.

Am 27. und 28. Mai 2009 organisierte das MMZ in Potsdam die wissenschaftliche Fachtagung „Grenzen der Toleranz. Rechtsextremes Milieu und demokratische Gesellschaft in Brandenburg – Bilanz und Perspektiven“. Die Beiträge des vorliegenden Sammelbandes gehen auf diese Tagung zurück. Auf der Konferenz hielten verschiedene Wissenschaftler Vorträge, die ihrerseits durch Praktiker/innen mittels „Kommentaren aus der Praxis“ gespiegelt wurden. Die meisten Vorträge finden sich in diesem Band nun in überarbeiteter, oft erweiterter und aktualisierter Form wieder.* In einem Fall wurde ein Text aufgenommen, der aus einem längeren „Kommentar aus der Praxis“ entstanden ist.

Der Begriff der „Toleranz“ wird in Brandenburg gerne und oft verwendet. Dabei werden je nachdem Friedrich II. oder Moses Mendelssohn zitiert, die Toleranz in Glaubensfragen gewährten bzw. philosophisch begründeten. Doch Toleranz muss sich auch stets gegenüber der Intoleranz behaupten. Dies bedeutet, dass

* Auf eine Vereinheitlichung von Zitier- und Schreibweisen wurde verzichtet.

die Toleranz auch Grenzen kennen muss: Die Grenzen der Toleranz – so lautete auch das Motto unserer Konferenz: *Heinz Klegger*, Lehrstuhlinhaber für politische Theorie an der Potsdamer Universität, hat sich mit dem theoretischen Modell „Toleranz“ auseinandergesetzt. Die „Wiederkehr der Toleranz“ in Brandenburg war und ist in ihrer Positionierung gegen Rechtsextremismus eindeutig. „Hitler und andere Menschheitsverbrecher, Nazis und moderne Nazis sind keine Frage von Toleranz oder Intoleranz. Sie gehören nach der leidvollen Verarbeitung unserer historischen Erfahrungen zum Nicht-Tolerierbaren. Diesbezüglich gibt es keine Toleranz, an dieser Stelle muss aktiv widersprochen und wenn es gegen Gewalt geht, rechtzeitig und konsequent mit rechtsstaatlich legitimierter Gewalt eingeschritten werden“.

Nach diesen theoretischen Grundlagen richtet der Kölner Politologe *Christoph Butterwege* seinen Blick auf die Zusammenhänge von Wirtschafts- und Finanzkrise und Rechtsextremismus und diskutiert mögliche Szenarien künftiger Entwicklungen. Vor allem macht Butterwege deutlich, dass es bisher allein die eigenen „personellen, programmatischen und parteiorganisatorischen Schwächen“ sind, die den Rechtsextremismus daran gehindert haben, „die für ihn günstige Konjunkturschwäche der kapitalistischen Wirtschaft auszunutzen“. Das müsse aber in Zukunft nicht so bleiben. Einen Kurswechsel in der Sozialpolitik und vermehrte Aufklärung über die Ursachen von Armut empfiehlt *Butterwege* als notwendige Gegenmaßnahmen.

Die von *Gideon Botsch* vorgelegte Analyse der politischen Strategie der NPD zeigt, dass die Partei sich derzeit gar nicht zu einer populistischen Kraft in der Mitte aufbauen will, sondern vielmehr als radikalnationalistische fundamentoppositionelle Weltanschauungspartei an der Herausbildung und Stärkung eines nationaloppositionellen, sich in der Tendenz verselbstständigenden Milieus interessiert ist. Vor dem Hintergrund dieser Milieubildung,

die auch in Brandenburg ansatzweise zu beobachten ist, bleibt die weitere Entwicklung offen.

Bereits zum siebenten Mal befragte die Forschergruppe um *Dietmar Sturzbecher* im Jahr 2010 brandenburgische Jugendliche zu ihrer Lebenssituation und ihren Einstellungen. So können *Dietmar Sturzbecher*, *Mathias Burkert* und *Lars Hoffmann* recht aktuelle Zahlen auch zum Verhältnis brandenburgischer Jugendlicher zu Gewalt und Rechtsextremismus vorlegen. Insgesamt sinkt die Zustimmung zu Rechtsextremismus und Gewalt, wobei ein harter Kern rechtsextremer, gewaltbereiter Jugendlicher verbleibt. Die Autoren sehen im jugendlichen Rechtsextremismus vor allem „gelebte Gewaltbereitschaft“ und formulieren Empfehlungen für die Prävention.

Eine Reihe wichtiger Funktionen für die rechtsradikale Bewegung übernehmen deren Aufmärsche und Demonstrationen. *Fabian Virchow* hat diese „Demonstrationspolitik“ im Bundesgebiet und in Brandenburg untersucht. Die zahlenmäßige Entwicklung der Aufmärsche in unserem Bundesland zeigt in den vergangenen Jahren keine einheitliche Tendenz. Inhaltlich zeigen sich zwischen 1998 und 2008 zwei Schwerpunkte: Einmal die Verherrlichung der nationalsozialistischen Wehrmacht, zum Anderen das Aufgreifen – und entsprechend rassistische oder nationalistische Aufladen – von im weitesten Sinne sozialpolitischen Fragen.

Einen ganz anderen Blick auf Rechtsextremismus richtet *Manfred Rolfes*. Der Potsdamer Geograph hat das rechtsextreme Wahlverhalten bei den zurückliegenden Kommunalwahlen dahingehend untersucht, inwieweit es von bestimmten regionalen Rahmenbedingungen aus erklärt werden kann. Sein Beitrag fragt nach den räumlichen Kategorien, die sich in manchen Rechtsextremismusanalysen – oft unreflektiert – finden: So die Unterteilung in Ost/West, Land versus Stadt, Ballungsräume usw. *Rolfes* zeigt auf, dass sich viele der Pauschalisierungen „die in öffentlichen und

alltagsweltlichen Diskursen um den Rechtsextremismus weit verbreitet sind,“ nicht bestätigen lassen. Rechtsextremismus, so lautet das Fazit, ist eben kein räumlich zu verortendes Problem peripherer Landstriche oder abgehängter Stadtteile „sondern ist eine Herausforderung der gesamten Gesellschaft“.

Wie schnell und routiniert die Staatsanwaltschaft Neuruppin auf rechtsextrem motivierte Straftaten reagiert, zeigt der Beitrag ihres Leiters, des leitenden Oberstaatsanwalts *Gerd Schnittcher*. Sein Bericht veranschaulicht mit einigen Beispielen, um welche Taten und Täter es sich hierbei handelt und wie sich diese auch im Laufe der Zeit spürbar veränderten. Waren es zu Beginn der 1990er-Jahre eher spontane Straftaten, bei deren Begehung oft Alkohol eine erhebliche Rolle spielte, so ist der durchschnittliche Tätertypus heute anders: „Die Täter sind ... kaum noch bemüht, ihre Taten und deren politisch motivierten Hintergrund zu verschleiern“. Oftmals werden sie dabei durch einschlägige „Szeneanwälte“ betreut und vertreten, „die die Gesinnung ihres Mandanten erkennbar teilen.“ Nach *Schnittchers* Ansicht reichen die bestehenden Gesetze bis auf wenige nötige Nachbesserungen allerdings aus, um den strafrechtlich relevanten Teil des Rechtsextremismus in den Griff zu kriegen.

Dass neben rechtsstaatlicher Repression vor allem zivilgesellschaftliches Engagement nötig ist, um Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Rechtsextremismus zurückzudrängen haben in den vergangenen Jahren zahlreiche Initiativen und Bündnisse vielerorts in Brandenburg bewiesen. *Hajo Funke* schildert seine Erfahrungen in der Unterstützung zivilgesellschaftlicher Bündnisarbeit in Oranienburg und verdeutlicht, wie sich dieses Engagement trotz aller Rückschläge und Mühen insgesamt gelohnt hat und weiterhin lohnt.

Das arbeitsteilige Zusammenwirken von Staat und Zivilgesellschaft nennen *Gideon Botsch* und *Christoph Kopke* das

„Brandenburger Modell“ zur Abwehr des Rechtsextremismus. Der Beitrag versucht eine Zusammenschau und einen historischen Abriss der Entwicklung des „Brandenburger Modells“. „Es mag paradox klingen, aber der Erfolg des ‚Brandenburger Modells‘ verdankt sich nicht zuletzt der Tatsache, dass demokratischer Staat und zivile Gesellschaft im ‚Toleranten Brandenburg‘ immer wieder die Grenzen ihrer Toleranz markieren“, so das Fazit ihres Beitrages.

Wie stellt sich die Situation zur Jahreswende 2010/2011 dar? Unzweifelhaft hat sich einiges zum Positiven ge- und verändert. Das sichtbarste Zeichen zeigt sich auf der landespolitischen Ebene. Die rechtsextreme DVU (Deutsche Volksunion), immerhin über zwei Legislaturperioden im Brandenburger Landtag in Fraktionsstärke vertreten, hat bei den Wahlen 2009 eine empfindliche Niederlage einstecken müssen, die auch die konkurrierende NPD nicht hat ausgleichen können. Beide Parteien blieben auch zusammengerechnet unter fünf Prozent der Stimmen. Auch auf anderen Gebieten positive Meldungen: So sinkt nach verschiedenen Erhebungen die Zustimmung zu Rechtsextremismus in der Jugend kontinuierlich.

Doch zur Jahreswende 2010/2011 blicken wir auch gespannt auf unsere Nachbarländer Berlin, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Dort finden 2011 Wahlen statt. Kann die NPD ihre Stellung in den Bezirken Berlins halten oder gar ausbauen, in denen sie 2006 immerhin elf kommunale Mandate erringen konnte? Gelingt der NPD der Einzug in den Landtag von Magdeburg und schaffen sie es abermals in das Schweriner Schloss?

„Rechtsextremismus in Brandenburg“ wird also aller Voraussicht nach Thema bleiben. Gerade weil in Brandenburg in der Vergangenheit Einiges erreicht werden konnte, gilt es hier die

Entwicklung genau im Blick zu behalten. Entwarnung kann nicht gegeben werden. Zu oft schon wechselten sich in der Vergangenheit Phasen relativer Ruhe mit Phasen neuer, massiver rechtsextremer Mobilisierung ab. Brandenburg hat also nach wie vor und immer wieder auch ein Rechtsextremismusproblem – aber eben auch Erfahrungen, damit umzugehen. Mögen das vorliegende Buch und die darin enthaltenen Beiträge dazu beitragen.

Im Rahmen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung wurde die Tagung vom Land Brandenburg finanziell gefördert und ideell unterstützt. Angelika Thiel-Vigh und ihren Mitstreiter/innen von der „Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg“ sei an dieser Stelle – auch für zahlreiche weitere Kooperationen – ganz ausdrücklich gedankt. Auch die Publikation wurde maßgeblich von der Koordinierungsstelle finanziert. Unser Dank gilt auch der SPD-Fraktion des Landtages, durch deren Kooperation die Tagung im Landtag im SPD-Fraktionssaal stattfinden konnte.

Gedankt sei auch allen Beiträgern der Publikation und darüber hinaus Gideon Botsch für vielfältige Unterstützung. Für die gelungene technische Umsetzung gilt mein Dank vor allem Marcus Pilarski (Satz und Layout) und den unkomplizierten Mitarbeiter/innen des Potsdamer Universitätsverlages.

Potsdam, im Februar 2011